

Hammer für die Wirtschaftskammer

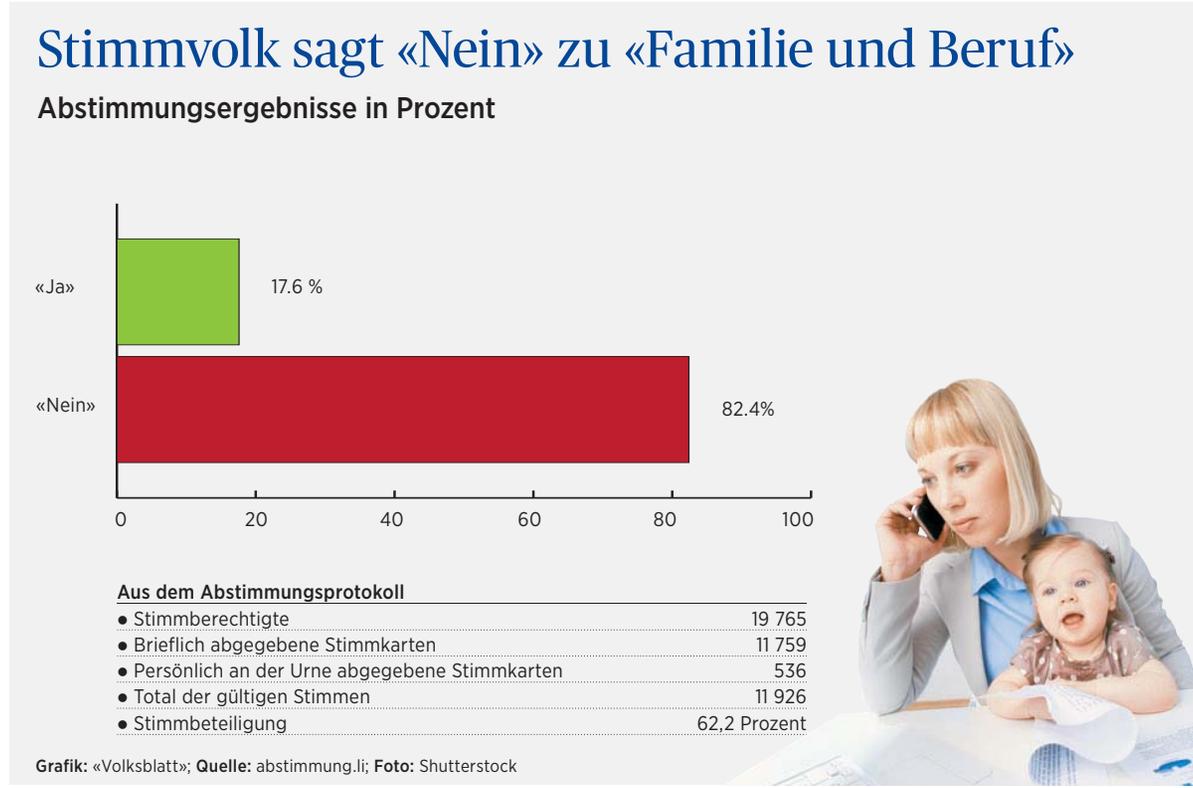
Vernichtend Mit 82,4 Prozent Nein-Stimmen hat das Stimmvolk in Liechtenstein der Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer eine klare Abfuhr erteilt. Die FBP mit Gesellschaftsminister Pedrazzini hat bereits einen neuen Vorschlag am Start.

VON DORIS QUADERER

Am deutlichsten abgelehnt wurde die Vorlage in Triesenberg mit 82,9 Prozent Nein-Stimmen. Der Vorlage am ehesten gewogen waren die Vaduzer, aber auch da betrug der Nein-Stimmenanteil noch 76,3 Prozent. So klar und deutlich ist in den letzten zehn Jahren keine Abstimmung ausgefallen. Dennoch sieht sich die Wirtschaftskammer, welche die Initiative lanciert hat, nicht als Verliererin: «Mit der Initiative wollten die Initianten, wie mehrfach erwähnt, einen ersten Schritt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf machen.» Nun habe die Wirtschaftskammer immerhin erreicht, dass dieses Anliegen endlich breit diskutiert und thematisiert wird. Nun seien Regierung, Landtag und Parteien gefordert, diese gesellschaftspolitische Debatte zu führen und diese Herausforderung kreativ und innovativ weiter anzutreiben. Die Wirtschaftskammer werde sich dieser Thematik nicht verschliessen, hiess es in einer Aussendung.

FBP reagiert prompt

Die FBP will die Diskussion nicht ruhen lassen, sondern hat in Absprache mit dem FBP-Gesellschaftsminister Pedrazzini bereits kurz nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses einen neuen Vorschlag eingebracht. Das Kindergeld soll «auf intelligente Art erhöht werden», findet FBP-Parteipräsident Thomas Banzer. Damit würden alle Familienmodelle gleich behandelt. Aus seiner Sicht wäre die FAK durchaus in der Lage, angesichts der jährlichen Überschüsse und der hohen Reserven gewisse Mehrkosten zu verkraften. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini schlägt konkret vor, dass das Kindergeld generell erhöht und flexibler ausbezahlt werden könnte. Letzteres könnte heissen, dass sich Familien



im ersten Lebensjahr des Kindes ein höheres Kindergeld auszahlen lassen könnten. Durch einen solchen Stupf zum Haushaltseinkommen könnte es Familien ermöglicht werden, im ersten Lebensjahr des Kindes selbst zu entscheiden, wie und in welchem Pensum sich die Eltern im Erwerbsleben betätigen wollen und auch welche Art einer allfälligen Fremdbetreuung gewählt werden soll. Insgesamt hielt Mauro Pedrazzini in einer Stellungnahme nach dem Abstimmungsergebnis fest: «Die engagierten Diskussionen sowohl im Rahmen der Vernehmlassung der Regierungsvorlage als auch im Vorfeld dieser Volksabstimmung haben uns gezeigt, dass offenbar ein grosses Bedürfnis für eine breite Diskussion fa-

milienpolitischer Fragestellungen besteht.» Er stellte klar: «Das Ministerium wird diese Diskussion führen und entsprechende Vorstösse machen.» In Bezug auf die Krankentagegeldversicherung stellte Mauro Pedrazzini eine separate Arbeitsgruppe zum Thema in Aussicht.

VU zurückhaltend – FL bedauert

Das deutliche Nein zeige klar auf, dass in der Familienpolitik dringender Handlungsbedarf gegeben sei, konstatierte VU-Präsident Günther Fritz in einer Stellungnahme. Dabei gehe es nicht nur um Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern eben auch um die gleichwertige Gewichtung aller Familienmodelle. Die VU

werde an diesem Thema konsequent dranbleiben, versprach er. Die Freie Liste bedauerte das Abstimmungsergebnis. Damit seien beide Themen weiter keiner Lösung zugeführt worden, die Gegner der Initiative stünden nun in der Pflicht, schrieb der FL-Abgeordnete Wolfgang Marxer in einer Mitteilung. Für ihn ist das Abstimmungsergebnis in seiner Deutlichkeit zumindest für den Moment eine Absage an jegliche Form der finanziellen Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insofern seien auch die Gesellschaft, in der heute schon über die Hälfte der Haushalte Familienarbeit und Berufsalltag unter einen Hut zu bringen hätten, sowie der Wirtschaftsstandort die Verlierer dieser Abstimmung.

Jürgen Nigg: «Wir sehen uns nicht als Verlierer»

Schock Statt triumphierendem Jubel gab es lange Gesichter bei den Mitgliedern der Wirtschaftskammer. Eine derartige Abfuhr der Initiative «Familie und Beruf» hatte niemand erwartet.

VON SILVIA BÖHLER

«Wir rechnen mit einem knappen Ergebnis», hiess es noch einige Tage vor der Abstimmung seitens der Wirtschaftskammer. Doch schnell war am gestrigen Wahlsonntag klar, in welche Richtung der Entscheid der Bevölkerung ging. Mit jeder ausgezählten Gemeinde passte sich die Stimmung des Initiativkomitees mehr und mehr dem trüben Wetter des Wahlsonntags an. Schliesslich sprachen sich über 82 Prozent der Stimmbürger gegen die Initiative «Familie und Beruf» aus. Isabell Schädler, stellvertretende Geschäftsführerin der Wirtschaftskammer, versuchte die hohe Ablehnung wie folgt zu erklären: «Es hat sich bereits im Vorfeld gezeigt, dass nur über die verschiedenen Familienmodelle und nicht über die Inhalte der Initiative diskutiert wurde.» Doch mit einer derart heftigen Abfuhr hatte im Initiativkomitee niemand gerechnet. Jürgen Nigg, Geschäftsführer der Wirtschaftskammer: «Wir hatten innerhalb von drei Wochen die notwendige Anzahl von Unterschriften für die Initiative zusammen und während der gesamten Unterschriftensammlung gab es keinen einzigen ablehnenden Leserbrief dazu. Erst als sich die Abgeordneten des Landtags für eine Volksabstimmung ausgesprochen haben, hagelte es Leserbriefe.»

Kita-Finanzierung klar abgelehnt

Jürgen Nigg begründet das klare Nein der Stimmbürger mit deren Ab-



«Wir haben ein gesellschaftspolitisches Problem vor uns.»

JÜRGEN NIGG
GS WIRTSCHAFTSKAMMER

lehnung zur Kita-Finanzierung: «Die Kita-Finanzierung haben wir eins zu eins von der Regierung übernommen. In allen Zeitungen, Leserbriefen und Social Media-Kanälen wurde nur darüber debattiert. Die Finanzierung wurde von der Bevölkerung ganz klar abgelehnt.» Das grösste Anliegen der Wirtschaftskammer, nämlich die Verlagerung des Mutterchaftstaggeldes von der Krankenkasse hin zur Familienausgleichskasse sei in der Bevölkerung überhaupt nicht thematisiert worden. Mehr Unterstützung hätte sich das Initiativkomitee auch von den Parteien erhofft. Drei Parteien (FBP, VU und FL) hätten die Initiative befürwortet, doch keiner hätte sich getraut, etwas dazu zu sagen. Auch die Parteimitglieder seien nicht angeschrieben worden. Das Resultat der Abstimmung zeige nun deutlich, dass das Volk die Förderung von Familie und Beruf nicht wünscht. Jürgen Nigg findet dafür klare Worte: «Wir haben nicht ein gesellschaftspolitisches Problem vor uns, wir ha-

ben ein gesellschaftspolitisches Problem vor uns.» Die Absicht der Initiative war es, berufstätige Frauen und Familien zu unterstützen, deshalb sei für die Initiative auch der Name «Familie und Beruf» und nicht «Familie als Beruf» gewählt worden. Jürgen Nigg: «Wir respektieren Frauen, die sich ausschliesslich der Familienarbeit widmen, deren Förderung muss sich jedoch die Politik annehmen. Unser Anliegen ist es, die Arbeitsplätze im Land zu besetzen und das oft brachliegende Potenzial der Frauen in die Wirtschaft holen. Mit dem Resultat der gestrigen Abstimmung wurde dieses Anliegen natürlich sehr geschädigt.» Gleichzeitig appelliert er etwas resigniert an die Politik: «Nun müssen Regierung, Landtag und die Parteien agieren, wir haben es versucht.» Auch in Bezug auf das Mutterchaftstaggeld will Jürgen Nigg die Spielkarten nun an die Politik zurückgeben: «Es müssen gute Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass die Wirtschaft Arbeitsplätze attraktiv halten kann.» Und Isabell Schädler ergänzt: «Das Problem bei der Ausbezahlung des Mutterchaftstaggeldes bleibt nach der Ablehnung der Initiative weiterhin bestehen – die Betriebe tragen das Risiko. Unternehmen werden sich deshalb möglicherweise auch weiterhin überlegen, ob sie eine 23-jährige Frau oder einen 23-jährigen Mann anstellen.» Das Initiativkomitee will das klare Nein des Volkes zur Kenntnis nehmen, aber: «Wir sehen uns nicht als Verlierer. Wir haben die Diskussion angestossen und ein Umdenken gestartet», ist Jürgen Nigg überzeugt.



Betretene Gesichter beim Anblick des Abstimmungsergebnisses, von links die Mitglieder des Initiativkomitees: Jürgen Nigg, Isabell Schädler, Arnold Matt, Hans-Peter Tschüscher und Gunilla Marxer-Kranz. (Foto: Paul Trummer)

Reaktionen

Neue Lösungen sind gefragt: Familien sollen künftig mehr Wahlfreiheit erhalten

Das Volk hat die Initiative überaus deutlich abgelehnt. Damit stellt sich nun die Aufgabe, nach neuen Lösungen zu suchen, wie Fortschritte in der Familienpolitik und dabei insbesondere im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erzielt werden können. Eine Aufgabe, welche sich dem Ministerium für Gesellschaft jetzt stellt, ist, die Verteilung der Subventionen für Kindertagesstätten gerechter auszugestalten. Das klare Votum des Volkes ist für mich ein Hinweis darauf, dass aus der Familienausgleichskasse weder Gelder direkt in die Wirtschaft noch partiell nur zu den Kindertagesstätten fliessen sollen. Das Liechtenstein Institut hat eine Nachwahlbefragung angekündigt. Wir werden diese analysieren, um die Wünsche der Bevölkerung zu diesem Thema aufzunehmen. Die FAK verfügt über sehr hohe Reserven und erwirtschaftet jährlich Überschüsse. Damit besteht grundsätzlich die Möglichkeit, diese den Familien – unabhängig vom gewählten Familienmodell – zukommen zu lassen. Wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten mit möglichen Lösungen im Bereich der Familienpolitik befasst. Dabei haben wir auch ein Modell geprüft, in dem es jungen Familien durch eine Erhöhung des Kindergeldes ermöglicht wird, im ersten Lebensjahr des Kindes von einer höheren Unterstützung zu profitieren. Alternativ könnten sich die Familien im Sinne einer Wahlfreiheit auch für eine grundsätzliche Erhöhung des Kindergeldes über die ganze Bezugsdauer entscheiden. In Summe soll die Unterstützung für die beiden Wahlmöglichkeiten jedoch gleich hoch sein. Durch einen solchen Zustupf zum Haushaltseinkommen soll es der Familie ermöglicht werden, im ersten Lebensjahr des Kindes selbst zu entscheiden, wie und

in welchem Pensum sich die Eltern im Erwerbsleben betätigen wollen und auch welche Art einer allfälligen Fremdbetreuung gewählt werden soll. Finanziert werden soll diese Erhöhung des Kindergeldes durch die Überschüsse der FAK sowie über einen kontrollierten Reservenabbau über die nächsten Jahrzehnte. Die engagierten Diskussionen sowohl im Rahmen der Vernehmlassung der Regierungsvorlage als auch im Vorfeld dieser Volksabstimmung haben uns gezeigt, dass offenbar ein grosses Bedürfnis für eine breite Diskussion familienpolitischer Fragestellungen besteht. Das Ministerium für Gesellschaft wird diese Diskussion für Familien und entsprechende Vorstösse machen. Gleichzeitig bleiben diverse Probleme aber ungelöst. Im Bereich der Krankentaggeldversicherung und im Bereich der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es nach Ansicht des Ministeriums nun angezeigt, qualifizierte Arbeitsgruppen separat mit den beiden Themenfeldern zu befassen.



«Junge Familien könnten durch eine Erhöhung des Kindergeldes profitieren»

MAURO PEDRAZZINI
GESELLSCHAFTSMINISTER

Das Kindergeld auf intelligente Art erhöhen

Ich interpretiere das Ergebnis dahingehend, dass weder die Wirtschaft noch die Kitas aus den Geldern der FAK unterstützt werden sollen, sondern dass diese Gelder zur Gänze direkt den Familien zugutekommen sollen. Die FBP-Fraktion lag mit ihrer Ablehnung der Initiative näher beim Volk als die VU-Fraktion. Obwohl der Landesvorstand der FBP mehrheitlich die Ja-Parole beschlossen hat, fiel das Ja deutlich schwächer aus als beim VU-Parteivorstand. Die DU-Fraktion hat keine Parole beschlossen. Nun ist der Weg offen, grundsätzlich über die Familienpolitik nachzudenken. Vielleicht müssen wir damit anfangen, dass wir die Wünsche und Bedürfnisse der verschiedenen Familien in den Mittelpunkt stellen. Die FAK wäre durchaus in der Lage, angesichts der jährlichen Überschüsse und der hohen Reserven gewisse Mehrkosten zu verkraften. Ich schlage vor, dass das Kindergeld auf eine intelligente Art erhöht wird mit der Vorgabe, dass alle Familienmodelle gleichbehandelt werden.



«Der Weg ist offen, um grundsätzlich über die Familienpolitik nachzudenken.»

THOMAS BANZER
FBP-PRÄSIDENT

«Familie als Beruf» soll gleichgestellt werden

Die sehr emotional geführte öffentliche Diskussion hat vermuten lassen, dass es für die Wirtschaftskammer schwierig werden wird, die Initiative beim Volk durchzubringen. Dass ein Nein jedoch so überdeutlich ausgefallen ist, obwohl beide Koalitionsparteien die Ja-Parole herausgegeben haben, zeigt klar auf, dass in der Familienpolitik dringender Handlungsbedarf gegeben ist. Dabei geht es nicht nur um Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern eben auch um die gleichwertige Gewichtung aller Familienmodelle. Das heisst, die Politik ist nun gefordert, auch das Modell «Familie als Beruf» gleichwertig zu fördern. Die VU-Fraktion hat im November 2014 eine Interpellation zur Familienpolitik eingereicht und die Landespartei hat in dieser Legislaturperiode zwei «Zeit für Liechtenstein»-Veranstaltungen zu familienpolitischen Themen durchgeführt. Die VU wird an diesem Thema konsequent dranbleiben und dieses in ihrem Wahlprogramm als Schwerpunkt behandeln.



«Die VU wird das Thema als Schwerpunkt in ihrem Wahlprogramm behandeln.»

GÜNTHER FRITZ
VU-PRÄSIDENT

Familien und Wirtschaft sind die Verlierer

Wir bedauern dieses Abstimmungsergebnis, dennoch respektieren wir es. Damit wurden aber beide Themen der Initiative erneut keine Lösung zugeführt. Bedenklich stimmt mich: Es war ein Referendum über einen befürwortenden Landtagsbeschluss. Und dennoch zeigte sich die Regierung im Abstimmungskampf zögerlich mit ihrer Position, der Landtag nahm selbst keine aktive Rolle ein und damit wurde das Feld den Gegnern der Initiative überlassen. Diese verstanden es, den Fokus auf die Kita-Finanzierung zu legen, die Familienbilder gegeneinander auszuspielen, zu emotionalisieren und eine Neid-Debatte zu schüren. Für mich ist das Abstimmungsergebnis in seiner Deutlichkeit zumindest für den Moment eine Absage an jegliche Form der finanziellen Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insofern sind auch die Gesellschaft, in der heute schon über die Hälfte der Haushalte Familienarbeit und Berufsalltag unter einen Hut bringen müssen, und der Wirtschaftsstandort Verlierer dieser Abstimmung.



«Die Gegner der Initiative verstanden es, eine Neid-Debatte zu schüren.»

WOLFGANG MARXER
FL-ABGEORDNETER

